

Der Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., auch die Zustellungsbüro. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133a; Anzeigen-Geschäftsstelle Große Ulrichstraße 63, I. Telefon Nr. 591 u. 176

Saale-Zeitung.

Sechundvierzigster Jahrgang.

wenden die Bestellungen über dem Raum mit 30 Pfg. oder auch halbe mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 17; Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I. Telefon Nr. 591 u. 176

Die Kieler Werftinterpellation im Deutschen Reichstag.

5. Sitzung, Montag, den 6. Dezember 1909.

Am Tische des Bundesrats: v. Tirpitz, v. Ahlefeld, Harms. Haus und Tribünen links mächtig besetzt. In der Hofloge wohnt der Chef des Marinekabinetts v. Müller, auf anderen Tribünen mehrere Marineoffiziere der Verbandlung bei.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Die Interpellation der Freisinnigen Dr. Leonhart und Dr. Strauß lautet:

„Ist der Herr Reichstanzler bereit, durchgreifende Maßnahmen zu treffen, um Unregelmäßigkeiten und Unentschieden im Betriebe der Kaiserlichen Werften, wie solche durch die Verhandlungen vor dem Kieler Schlichtergericht bekannt geworden sind, in Zukunft zu verhindern?“

„Ist insbesondere der Herr Reichstanzler bereit, unverzüglich Anordnungen zu treffen, durch die eine parjamme Wirtschaft, sowie eine nach kaufmännischen Grundsätzen eingerichtete Buchführung und eine wirksame Kontrolle im Werftbetriebe gesichert wird?“

Die Interpellation der Sozialdemokraten lautet: „Ist dem Herrn Reichstanzler bekannt, daß bei den gerichtlichen Verhandlungen über die Untersuchungen auf der Reichswerft in Kiel Unregelmäßigkeiten und Mißstände in der Verwaltung der Reichswerften festgestellt worden sind, und was gedenkt der Herr Reichstanzler zu tun, um eine geregelte und wirtschaftliche Geschäftsführung in den Betrieben der Reichswerften herzustellen?“

Die Interpellation der Freisinnigen begründet

Hbg. Dr. Leonhart (frs. Vp.)

„Bekanntlich wurde das letzte Mal der Marineetat ohne Diskussion verabschiedet. Ich glaube nicht, daß das geschehen wäre, wenn die Vorgänge, die uns der Kieler Prozeß gezeigt hat, bekannt gewesen wären. Aber damals hatte in der Budgetkommission ein Vertreter des Reichsmarineministers die Erklärung abgegeben, daß es beim Verkauf von Altmaterial auf den Werften immer nur streng regelt zugegangen sei. Inzwischen haben wir nun den Prozeß erlebt, der fünf Wochen lang das deutsche Volk in Spannung hielt, und der schließlich mit einer Freisprechung sämtlicher Angeklagten endete. Die Marineverwaltung ist aber keineswegs freigesprochen. (Sehr richtig!) Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, will ich erklären, daß ich keineswegs allgemeine Schläufe auf die Unzuverlässigkeit unserer Beamten zielen will. Ich will im Gegenteil feststellen, daß die Beamten teils Einzel- personlicher Natur sind. Vielmehr hat sich im Laufe des Prozesses immer mehr herausgestellt, daß das Verwaltungssystem an den beherrschenden Vorkommnissen schuldig ist. Allen Gegnern von Staatsmonopolen wird der Kieler Prozeß als Material dienen. Der Prozeß in Kiel hat gezeigt, wie verkehrt es ist, einen rein technischen Betrieb durch Beamte bewirtschaften zu lassen, denen jede Sachkenntnis fehlt. Der Prozeß hat uns gezeigt, wie schädlich der allzu große Einfluß unserer Bureaufürte auf den modernen wirtschaftlichen Betrieb ist. Welche große technische Fortschritte sind gerade auf diesem Gebiete zu verzeichnen! Wer hat vor zehn Jahren zum Beispiel etwas von einem Unterseeboot gewußt? Der bürokratische Geschäftsbetrieb lähmt die Tätigkeit der Beamten. Die Intendantenbesenen sind nicht genügend vorgebildet. Es fehlt ihnen durchaus an kaufmännischen Kenntnissen. Man sollte die jungen Applikanten auf die handliche Beschäftigung bei der Marine. Ueberall sonst hat man kaufmännische Aufseher. Eine kaufmännische Buchführung hat man auf der kaiserlichen Werft bisher nicht getannt. Die Revisionen der Magazinsbestände werden von Verwaltungsbeamten vorgenommen, die keinerlei Materialkenntnis haben. Es findet überhaupt nur eine buchmäßige, keine Materialkontrolle statt. Die Zahl der hundert von Zentraren verschwinden können, ohne daß der Rechnungshof das feststellen kann. So haben sich diese üblen Mißstände auf der Werft entwickelt. Wie ist es möglich, daß die seit zwanzig Jahre lang der Schwerde unbesonnen geblieben sind? Und wie ist es möglich, daß der Magazin- direktor Heinrich mit 74 Lebensjahren noch im Dienste war? Die konnte ein Mann eine so wichtige Stelle noch weiter be- stehen, obgleich er bereits über das biblische Alter hinaus war? Die Zahl der Beamten auf unseren Werften ist größer als irgend- wo anders. Während aber in anderen Ländern praktische Arbeit geleistet wird, beschäftigt man unsere Beamten mit unpro- duktiver Schreibtarbeit.

Was soll nun geschehen? Man hat eine Kommission ein- gesetzt, die Verbesserungsvorschläge machen soll. Aber in ihr haben wieder die Verwaltungsbeamten die Mehrheit. Was soll da besser werden? Dann wagen auch die unteren Beamten gar nicht gegen ihre Vorgesetzten aufzutreten. Verwaltungsbeamte werden den Technikern höchstens das Leben schwer machen, weiter nichts. Man soll den Technikern mehr Verantwortung, aber auch mehr Selbständigkeit geben. (Sehr richtig!) Die Intendanten muß vollkommen verlag, ihr fehlt jede Sach- kenntnis. Für 5000 Mark werden sich jährlich tüchtige Kaufleute als kaufmännische Beamte finden oder es werden auch solche zu Bureaufürten werden. Man darf den Einfluß der reinen Ver- waltungsbeamten zu mildern, soll er nach den Reformvorschlägen noch erhöht werden. Das darf nicht geschehen. In eine grund-

legende Reform unseres Werftbetriebes ist ja nun vor der Hand nicht zu denken. (Zurufe: Weiber!) Aber was wir unbedingt verlangen müssen, daß den Zuständen, die der Prozeß gezeigt hat, ein Ende gemacht wird. Den Technikern muß der ent- scheidende Einfluß eingeräumt werden, sie müssen auch im Rechnungshof Sitz und Stimme erhalten. Die schlimmsten Zustände herrschen bei den Submmissionen; davon verstand Herr Frankenthal mehr als alle Beamten. Alle Kreise, die unsere Flotte lieben, waren immerlich berührt durch die Kieler Vor- gänge. Es drängte sich bei uns die bange Frage auf: Wird nur beim Werftbetrieb in dieser Weise mit dem Gelde der Steuer- zahlter gewirtschaftet, oder herrschen ähnliche Zustände auch bei der Flotte und bei der Marine im allgemeinen? Ich be- dreue diese Frage nicht vollkommen vernichten zu können. (Sehr hört! links.) Allenfalls kann man beschaffen ein kaufmännisches Wesen und eine größere Selbständigkeit der Techniker einzugießen. Nicht durch eine Erweiterung bürokratischer Maß und nicht durch neue Paragraphen kann den Mißständen abgeholfen werden, sondern nur durch die beiden Vorbedingungen, die verbunden sein müssen mit dem Geiste der Sparamkeit bis in die höchsten Instanzen hinein. Hoffentlich hat der Kieler Prozeß dazu beigetragen, daß den Kieler Mißständen möglichst bald abgeholfen wird. (Beifall links.)

Sozialdemokratische Interpellation

begründet

Hbg. Regien (Soz.):

„Ich kann mich im allgemeinen dem Vorrede anschließen. In Deutschland passiert ja allerlei. Aber ich halte es doch für un- möglich, daß diejenigen Beamten, unter deren Oberaufsicht alle diese Vorgänge sich abspielten, in ihren Stellungen bleiben werden. Wenn man sich dann nach neuen Leuten umsieht, dann sollte man Frankenthal zum Verdirektor machen. (Seitertell.) Denn er weiß allein auf der Werft Bescheid. Er ist den dortigen Beamten weit überlegen. Er würde keinen Beamten dulden, der erklärt, auf der Werft komme es nicht auf einen kaufmännischen Betrieb an, sondern darauf, die Flotte schlagfertig zu erhalten. Dieser Anspruch charakterisiert am besten die Auf- fassung, die viele Herren von ihrer Aufgabe haben. Bei der Be- ratung des Etats werden wir den Antrag einbringen, eine parlamentarische Untersuchungskommission ein- zusetzen, die einmal die Verhältnisse auf den Werften nachprüft. Es handelt sich nicht bloß um das, was im Prozeß festgestellt wurde, sondern um noch weit größere Mißstände, die seit Jahren bestehen. Nicht nur das Altmaterial kommt in Betracht, sondern bei allen Teilen der Verwaltung herrschen große Mißstände. Auf 3000 Arbeiter kommen 100 Beamte und Offiziere. Dieses große Beamtenheer ist an vielen Unzulänglichkeiten schuld. Der Reichstag muß endlich einmal Ernst machen und Hand anlegen an die Mißstände. Der Staatssekretär wird sich die Sache wohl leicht machen und behaupten, es seien nur Schönheitsfehler. Nein, es wird große Fehler, die in der Organisation liegen. Die Marine- verwaltung verlor sich doch nicht aus hohe Pferd legen. Im Jahre 1900 verkaufte sie ein Grundstück für 60 000 Mark. Drei Jahre später erwarb sie es wieder für 226 000 Mark. (Sehr! hört!) Das ist ein Beispiel von vielen. Es wird mit dem Gelde geradezu gewirtschaftet. Dispositionen, die heute getroffen sind, werden morgen umgeworfen, ohne Rücksicht auf die Kosten. Fragen Sie einmal die Arbeiter, wie sie über die Qualifikation ihres Aufsichts- personals denken. Alle diese Dinge würden nicht passieren, wenn der Staatssekretär die einlaufenden Beschwerden von dritter Seite prüfen würde, wenn er es nicht ablehnen würde. Mit- teilungen über die Verhältnisse auf der Werft von außen Stehen- den entgegenzunehmen. Die Qualität der Arbeiter der Werft wird systematisch herabgemindert dadurch, daß man in erster Reihe Mitglieder des nationalen Arbeitervereins anstellt. (Hört! hört!) Auf eine Beschwerde von mir über gewisse Mißstände ließ er brüst erklären, er müsse es grundsätzlich ablehnen. (Sehr! hört! links.) Auf Beschwerden von dritter Seite eingezogen. (Sehr! hört! links.) Glaube er vielleicht, daß seine Beamten die Mißstände aufdecken werden oder die Arbeiter? Der Staatssekretär ist in erster Linie für die Mißstände verantwortlich zu machen. (Zuimmung links.) Gätte er die berechtigten Beschwerden ge- prüft, dann hätten die Beamten nicht in dieser Weise wirtschaften können. Nehmen Sie meinen Antrag auf Einlegung einer pa- rlamentarischen Untersuchungskommission an, damit den Beamten einmal auf die Finger gesehen wird. Viel- leicht wird es dann besser. Vielleicht werden dann die Werften wirklich moderne Großbetriebe. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Tirpitz:

(von der Rednertribüne aus):

Die beiden Interpellationen, sowohl diejenige von Dr. Leon- hart als diejenige der Hbg. Abrecht und Genossen denen sich ja im wesentlichen ihrem Inhalte nach, wenigstens die letztere Interpellation vorhältiger gehalten ist. Ich werde daher beide Interpellationen gemeinsam beantworten. Die Interpellation spricht von „Unterschieden im Betriebe der Kaiserlichen Werften“. Die Unterschiede scheiden zunächst ganz aus, sowohl für die Be- amten, wie für die angeklagten Händler, denn das Schlichtergericht hat sie freigesprochen. (Schallendes Gelächter bei den Soz.) Selbstverständlich scheiden sie aus! Die Interpellationen gehen aber auch außerdem erheblich weiter. Sie sprechen von Werften,

während es sich nur um eine Werft handelt, nämlich um die in Kiel. Ferner handelt es sich auch nicht bei der kaiserlichen Werft in Kiel um sämtliche Betriebe, sondern um einen einzigen Be- trieb, den Betrieb des Altmaterials. Alle übrigen Betriebe sind, soweit der Prozeß in Frage kommt, und soweit die Untersuchungen in Frage kommen, die ich selber angeklagt habe, absolut intakt aus der Angelegenheit hervorgegangen. (Hbg. Ledebour: „Es scheidet alles aus!“ - Seitertell.)

Präsident Graf Stolberg:

Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Staatssekretär v. Tirpitz:

„Sie haben ja nachher Gelegenheit zu antworten. Ich bitte, meine Ausführungen auch anzuhören zu lassen. Ich kann ja nicht umhin, zu sagen, daß nach allem die Hauptursache der Vorkom- mnisse in dem Betriebe des Altmaterials in Kiel dem Umhande zuzuschreiben ist, daß tatsächlich einem Beamten hier ein zu großes Vertrauen in seine Tüchtigkeit und seine Korrektheit entgegen- gebracht wurde. Das wird immer eine wesentliche Hauptursache sein. Ich gebe aber zu, daß die Aufsicht, die Kontrolle durch das höhere Personal in dem Betriebe des Altmaterials in Kiel nach meiner Ansicht eine nicht ausreichende gewesen ist. Ich habe ferner zu sagen, daß das Vertrauen zu den Beamten mit Veranlassung gewesen ist, den betreffenden Magazin- direktor auf der Werft in Kiel über die übliche Altersgrenze hinaus zu halten. Ich habe die Vorgänge in Kiel und die Betriebe einer Untersuchung unterzogen und möchte da zunächst festhalten, daß, sobald auch nur die ersten Anzeichen bemerkt worden sind, daß da Unregelmäßigkeiten stattfanden, ich mit

eigener Faust

eingegriffen und derartige Vorkerlungen getroffen habe, daß ich glaube, daß auf der kaiserlichen Werft Kiel sobald derartige Unregelmäßigkeiten nicht mehr zutage treten werden. (Beifall rechts, Gelächter bei den Soz.) Ich möchte nun sagen, was durch den Prozeß tatsächlich festgestellt worden ist und was aus der Sache tatsächlich hervorgeht: Da ist einmal, daß die Magazinkontrolle in dem Altmaterialbetrieb verbesserungsbedürftig ist, und zwar nicht in der Weise, wie Dr. Leonhart es wünscht; das ist nicht möglich. Wir können die Altmaterialien, die großen Eisenmassen nicht alle vorher verwiegen. Wir können sie sogar nicht einmal aus dem Magazin herausbringen, einmal weil die Gewichte zu groß sind und das zwei Kosten verursachen würde. Aber immerhin bin ich der Ansicht, daß

die Kontrolle verbesserungsbedürftig

ist. Ferner ist festzustellen, daß die Aufsicht durch die höheren Vorgesetzten, durch die höheren Instanzen nicht ausreichend ist. Ich habe folgendes angeordnet: erstens eine verstärkte Aufsicht, ferner, daß die Kontrolle bei der Feststellung des Ge- wichts, die bisher teilweise durch jüngere Beamte gemacht wurde, künftig durch ältere Beamte gemacht werde. Ferner, daß das Verladen nur während der Bureaustunden und nur durch das Werft- personal vollzogen wird; fremde Arbeiter werden von dieser Arbeit ferngehalten. Weiter habe ich angeordnet, daß regelmäßig Ver- wiegungen zwischen dem Werftgewicht und dem Materialgewicht aus- geführt werden, das mittels Waagen weggeführt wird, das Material ausgeführt wird, das mittels Waagen weggeführt wird, das Material ausgeführt wird, das mittels Waagen weggeführt wird. In Ermöglichung ist genommen, die Aus- schußmagazine zu trennen von den anderen Magazinen. Ich will die Aufsicht dadurch verstärken, daß ich den Versuch mache, den Verwaltungsdirektor in höherem Maße als bisher von seiner Bureaustätigkeit zu entlasten. Das ist alles, was in dieser Be- ziehung gemacht werden konnte.

Gegen direkte Interne,

wenn sie einmal vorkommt, läßt sich schwerlich ein ab- soluter Schutz schaffen. Das wird auch in privaten In- stituten nicht möglich sein.

Ich will nun auf die Einzelheiten näher eingehen. Der Herr Hbg. Leonhart hat hier die Bemerkung des Angeklagten Frankenthal wiedergebracht, daß eine auf der Werft verwendete Waage über hundert Jahre alt sei. Das kann schon deshalb nicht richtig sein, weil unsere Marine überhaupt erst fünfzig Jahre alt ist. Diese Bemerkung des Herrn Frankenthal ist auch in der Ver- handlung selbst sofort als ein Scherz aufgefaßt worden. Dann ist kritisiert worden, daß die Kontrolle beim Wiegen von jungen Applikanten ausgeübt wurde ist. Nun, vor vierzig Jahren, als ich Seelade war, da wurde ein Bord Logbuch von den Schiffs- jungen dem einzelnen Mann seine Nation zuge- wogen und dem Schiffsjungen wäre es schlecht gegangen, der da falsch gemogen hätte. (Seitertell.) Dann ist in der Presse die fulminante Geschichte von den Nidestahlabfällen erörtert worden, die so und so viel wert gewesen sein sollen, und die Werft für eine Bagatelle verkauft haben soll. In Wirklichkeit liegt diese Sache ganz anders, da man bei den beiden Freisen jeder Betracht gelassen hat, daß sich die eine Zahl auf „Fünf Eisen Kruppische Fabrik“ bezog. Auch der Herrth-Waage, den wir für 80 Mark verkauft haben, und der nachher für 1000 Mark weiter verkauft worden ist, ist erwähnt worden. Ich bitte, zu bedenken, daß die Zerlegung des Waages uns große Schwierigkeiten gemacht hätte. Gerade diesen Fall konnte der Oberverwalter in der Werft-Verhandlung aufklären, weil er früher Kommandant der „Bertha“ war. Wir hatten eben damals das autogene Schneide-

verfahren noch nicht. Und der Transport allein hätte 900 Mark gekostet. Niemand wollte uns den Markt abnehmen, wir boten ihn überall an, aber wir konnten ihn nicht los werden. Nun hat der Abg. Legien die

Aussage des Abg. Legien

als Loffiert. Die Ausrüstung, wie sie in den Zeitungen gestanden hat, war jedoch nicht ganz richtig. Nach dem Stenogramm lautet die Aussage:

Die Aufgabe der Werft ist nicht, die Verarmung eines bestimmten Fabrik- oder Gewerbetriebs, sondern die dauernde Instandhaltung der Kriegsschiffe. Es handelt sich um sehr eilige Arbeiten, an denen Tag und Nacht gearbeitet werden muß, und da kann manchmal nicht ganz so faunmännlich verfahren werden, wie in anderen Betrieben. Das liegt in der Natur der Sache, schließt aber nicht aus, daß wir nach allen Kräften bemüht sind, sparsam und faunmännlich zu wirtschaften."

Die Intimation des Abg. Legien, als ob Werftbeamte überschüssiges Geld für sich verwendet hätten, weise ich auf das Schärfste zurück. (Beifall rechts. Abg. Legien rüt: Habe ich ja gar nicht gesagt!) Das ist gesagt worden. (Widerspruch bei den Opp.) Auch die Behauptung, daß Schiffe auf Stapel gelegt werden, ehe das Geld dafür bemittelt worden ist, ist nicht wahr. Wo soll denn das geschehen sein? Das Bild, welches der Kieler Prozeß gegeben hat, ist vielfach ein ganz anderes, wenn man das amtliche Stenogramm zur Hand nimmt. Im übrigen bitte ich, folgendes zu berücksichtigen: die Angeklagten, und noch dazu viele Angeklagten, hatten doch das größte Interesse daran, die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Schanden in der Werft zu lenken. (Sehr richtig rechts.) Darum ergoß sich für die ganz selbstverständliche Kontingenz bei diesem Schanden nur solche Unterstellungen etwas ganz natürlicher. Und nur ist die Werft diesen Angriffen gegenüber gar nicht zum Wort gekommen. Sie hat diesen Angriffen gegenüber, die es fast erscheinen ließen, als ob die Werft auf der Antifrage nicht, nicht entgegengetreten können. Sie konnte die Angriffe nicht widerlegen, während die Angeklagten sagen konnten, was sie wollten. So viel zum ersten Abg. der Interpellation.

Nun zum

zweiten Abg. der Interpellation,

in dem eine sparsame Wirtschaft, faunmännliche Buchführung und eine wirksame Kontrolle gefordert wird. Die Forderungen sind sehr allgemein gehalten, und die Interpellanten sind noch über den Rahmen hinausgegangen. Herr Leonhart hat behauptet, daß die Bureaucratie unsere technischen Betriebe beherrscht. Demgegenüber erkläre ich, daß ich gerade die technischen Betriebe von der Bureaucratie frei gemacht habe. Weiter ist behauptet worden, daß die Ausbildung der Verwaltungsbearbeiter nicht ausreichend ist. Bis zu einem gewissen Grade ist das richtig, aber man darf nicht verallgemeinern. Gewiß sollen sich auch die Kaiserlichen Werftbeamten von faunmännlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Wenn aber einzelnen Meßoren vorgeworfen wird, daß sie das nicht in genügendem Maße getan haben, so muß doch betont werden, daß diese Meßoren erst lernen sollen, sich faunmännlich zu betätigen. Ein Kaufmann an der Spitze der Werft ist nicht gut möglich, wenn man bedenkt, was die Werft ist, nämlich ein Stützpunkt im Kriege für die Flotte und ein Zentralpunkt im Frieden. Das eine militärische Persönlichkeit schon im Frieden einen herozogenden, und im Kriege dort den ersten Schlag einnehmen muß, ist durchaus notwendig. Die Marineverwaltung kann hinsichtlich des Geschäftsbetriebes nicht selbständige Reaktionen einleiten. Auch sie ist an Vorrichtungen gebunden. Es läßt sich also nicht so vereinbaren, wie wir es selbst gern möchten. Uns ist der Vorwurf gemacht worden, daß die Magazinverwalter schlecht bezahlt werden. In keinem anderen Betriebe werden sie besser bezahlt. Ihre Gehälter sind erst unlängst um 20 Proz. gesteigert worden. Dann ist Beschwerde geführt worden, daß das Beamtenlohn zu groß geworden sei. Doch ist mich in eine Diskussion mit Herrn Versius darüber nicht einzulassen, ist selbstverständlich. Ich will nur betonen, daß im Vergleich mit den Privatwerften die Zahl der Beamten keineswegs übermäßig hoch ist. Im übrigen haben wir noch ganz andere Aufgaben, wie Privatwerften, weil wir eine genaue Magazinverwaltung haben. Der Vergleich ist aber gar nicht zutreffend. Der Betrieb ist an Umfang um 150 Proz. gestiegen, die Zahl der Beamten nur um 68 Proz. Diese Zahlen widerlegen also die Behauptung von dem übermäßigen Beamtenpersonal. Im übrigen sind uns die Revisionen vorgefertigt. Ohne weiteres können wir daran nichts ändern. Der Abg. Leonhart fordert,

die technischen Betriebe müßten selbst einkaufen.

Stellen Sie sich vor, was das für eine Zerstückelung geben würde, wenn jeder Betrieb selbst einkaufen würde. Ich möchte einmal die Privatfirma, die Privatwerk sehen, die eine so unglaublich faunmännliche Maßregel machen würde, wie hier der Abg. Leonhart sie vorführt. (Sehr richtig rechts.) Wenn die beiden Interpellanten behaupten haben, daß die Bestände, die auf den Schiffen übrig bleiben, nicht gebaut und abgegeben würden, und daß dadurch diese Unterlassungen möglich seien, so charakterisiert das, wie wenig die beiden Herren tatsächlich den Betrieb bei uns und besonders die Betriebe unserer Schiffe kennen. (Sehr! hört! rechts.) Denn die Vorführung darüber lautet: Der Kommandant hat dafür zu sorgen und durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, daß die bei den Revisionen übrig gebliebenen, noch nicht verbrauchten Materialien rechnermäßig gebaut werden. Diese Behauptung der Herren ist also hinlänglich. Für die Werften gilt dieselbe Vorführung. Der Abg. Leonhart hat ferner vorgeschlagen, wir sollen Aufträge bei Probefahrten der Schiffe wieder einleiten. In various Fällen ist aber die betriebsweise Position vom Reichstage bei gestrichen worden. Aber darin möchte ich dem Abg. Leonhart zustimmen, die Position möchte ich wieder haben. Der Abg. Legien hat als ein solches Beispiel das eine Grundstück angeführt, das vor dem Flottengebiet verkauft worden ist, und das nach Ausführung des Flottengebietes wieder zurückgekauft worden ist. Die Schuld der Verwaltung ist das nicht. Wer konnte vor 30 Jahren übersehen, wie die Marine sich gestalten würde! (Zuruf links: „Vor drei Jahren!") Nein, der Verkauf dieses Grundstücks ist vor dem Flottengebiet gewesen und der Wiederkauf im Jahre 1903. Wir haben Fabrikbauten dahin sehen müssen; es ging nicht anders. Im übrigen, wenn nun von faunmännlichen Gesichtspunkten geteilt wird — teigene Sie doch einmal in Danzig, in Sonderburg usw. nach, wo die Marineverwaltung ihr Landvermögen verdoppelt und verdreifacht hat. Ob die Marine da faunmännlich gewesen ist? Das Gegenteil werden Sie erfahren. Der Abg. Legien sagte: Ich möchte keine Beschwerden an, das ist nicht richtig. Als die erste Welle von den Mitgliedern in Kiel kam, habe ich mit allergrößter Energie, mit Rücksichtlosigkeit eingegriffen und gesagt: Die Herren werden wohl auch besagen, daß ich auf alle Unterlegungen immer eingetragenen bin; ich bin sogar dankbar für Unterlegungen. In dem Fall des Abg. Legien liegt die Sache aber anders. Die Angriffe sind fast Arbeitsordnung an den Arbeitern angelegt gewesen. Die Beschwerden des Arbeiterschaftes werden auf das sorgfältigste geprüft. Wenn aber außerhalb der Werft stehende Organisationen, wie die des Abg. Legien, be-

schwächen von Arbeitern vertrieben wollen, so gehe ich auf diese nicht ein, die lehne ich ab. (Beifall rechts.) Im allgemeinen muß ich nun sagen: Die Organisation der Werften habe ich als Erste übernommen. Bei Ausführung der Flottengelege war mir durchaus klar, daß sie schwerlich und unökonomisch arbeiten. Im Sandumbruch liegt ich aber die Sache nicht ändern, sondern das ist eine Arbeit, die Deswegen erfordert. Ich habe natürlich schon bei den Flottengelegen kontrolliert, ob diejenigen Betriebe, welche die großen Summen verzeichnen, richtig veranlagt werden. Der Betrieb der Altmateriale ist übrigens nur ein verschwindend kleiner Teil der ganzen Werften. Bei den technischen Betrieben habe ich gerade das Gegenteil von dem getan, was der Abg. Leonhart behauptet. So genau ist der Abg. Leonhart über das Vorgehen in den letzten zwölf Jahren orientiert! Die technischen Beamten waren keineswegs in hohem Maße von der Bureaucratie abhängig. Ich habe das Gegenteil getan. Ich habe die technischen Betriebe frei gemacht, selbständig gemacht, so selbständig wie möglich, und ich denke, darin auch fortzuführen. Ich habe dementsprechend auch die Vertriebsordnung geändert. Das ist ja gerade die prinzipielle Aenderung, die ich vorgenommen habe.

Ich habe ferner den technischen Betrieben eine Buchführung gegeben, die die Ermittlung des wirklichen Standes der Dinge ermöglicht, was vorher nicht der Fall war. Ich habe mir ferner qualifizierte Persönlichkeiten herausgesucht und habe sie nach Amerika, nach England geschickt, damit sie dort studieren sollten, wie bei der ganze Zeitalter so viel geht. Ich habe auch ganz neuen Maschinen, Verbesserungen einbracht und, um ökonomischer an ihre Stelle zu setzen. Wo es auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ankommt, habe ich auf das energisch eingegriffen. Fragen Sie unsere Techniker, die werden Ihnen das bestätigen. Ich bin von der Richtigkeit und der Nützlichkeit unserer Kaiserlichen Werften ist an denen zu erkennen an zwei Stützpunkten, und zwar an den Ausgaben für die Instandhaltung und für den Werftbetrieb. Die Instandhaltung ist gewissermaßen der Ruhezustand, während der Werftbetrieb die Unkosten darstellt. Diese beiden Zahlen miteinander verglichen, geben ein Urteil über die Qualität der Administration. Zu Beginn der Flottengelege betrug die Aufwendung für die Instandhaltung 21,5 Proz. des gesamten Etats, während der Werftbetrieb 24,2 Proz. erforderte. Die Unkosten waren also höher wie der Nutzen. Nun ist es aber gelungen, den Ruhezustand von Jahr zu Jahr zu heben und die Unkosten relativ immer kleiner zu machen. Wir haben für die Instandhaltung den Prozentsatz auf 27,5 erhöhen können, während die Unkosten auf 18,6 heruntergearbeitet wurden. Auch aus einer anderen Zahl geht die Tatsache hervor, daß der Betrieb von Jahr zu Jahr besser geworden ist: das sind die Kosten pro Tonne der einzelnen Schiffe. Ich habe im Laufe der Jahre die Kosten nach Möglichkeit zu reduzieren gesucht. So folgte der „Kaiser Friedrich“ 897 Mk. pro Tonne, die „Wittelsbach“ 894 Mk., die „Schmarn“ 848 Mk., die „Gannover“ nur noch 739 Mk. Auf der Kieler Werft folgte „Prinz Albert“ 1903 1044 Mk., der „Blücher“ 1909 nur 846 Mk. pro Tonne, also ein Herabfallen der Preise trotz allgemein steigender Tendenz der Löhne und Materialien, und dabei können unsere Schiffe sich ruhig den besten auf der ganzen Welt an die Seite stellen lassen. Unsere Unterseeboote sind direkt von der Werft in den Dienst gestellt worden und haben bei den Manövern alles geleistet, was zu leisten war. Es ist ein großes Verdienst der Kaiserlichen Werften, wenn sie die Schiffe in Kriegsbereitschaft zu halten imstande sind. Es widersteht meiner ganzen Art, eine Fanfare zu bläsen. Aber bei der allgemeinen Beurteilung, die ich im Vorfeld geteilt habe, darf ich nicht doch für mich selbst, diese Leistungen hier auszusprechen. (Schärfste Bravo! rechts.) Das hat so großen Betrieben auch Helfer unterlaufen, ist ja selbstverständlich. Die Werften haben ihre Anstrengungen durchgemacht, wie alle Unternehmungen sie durchmachen müssen.

In manchen Mängeln ist die Anregung gemacht worden, eine faunmännliche Buchführung bei der Werft einzuführen. Wir beschäftigen uns mit der Frage seit Jahren. Aber sie ist wirklich nicht so einfach. Die Buchkontrolle wird heute ausgeübt durch die Oberrechnungskammer und die Gewichts- und Mengenkontrolle durch die Intendantur. Ich würde es für richtig halten, wenn diese Gewichts- und Mengenkontrolle ergänzt würde durch eine Kontrolle der Werft selber. Eine regelmäßige Jahresinventur ist nicht durchführbar. Dagegen wollen wir eine laufende Inventur einführen, wie sie neuerdings auch bei Blohm u. Hoff und auf dem Bremer Vulkan eingeführt worden ist. Damit glaube ich bewiesen zu haben, wie wichtig die Behauptung ist, in der Marine werde aus dem Besten gewirtschaftet. Ich habe mit von Anfang an die größte Mühe gegeben, so wirtschaftlich und sparsam als möglich zu arbeiten. Ich habe die Ägel von Jahr zu Jahr krasser angezogen. Fragen Sie die Beamten, die ich die Arbeit darüber haben. Man hat dann einen Vergleich mit unserem Heere gezogen. Diese Verhältnisse lassen sich aber nicht vergleichen. Wo ein Vergleich möglich ist, kommt die Marine immer mit. Man soll die Frage nicht von Einzelheiten aus betrachten, sondern von der Gesamtsituation aus.

Der Staatssekretär weist darauf hin, daß jeder ein englisches Fachblatt anerkennt hat, daß auf den deutschen Werften billiger gewirtschaftet wird als anderswo. Wir wirtschaften durchaus nicht teurer als die anderen Staaten, im Gegenteil, trotzdem wird unsere Marine durchaus auf der Höhe gehalten. Ihre Leistungen sind durchaus nicht schlechter als die anderer Länder. Auch der Reichstag hat daran ein großes Verdienst, weil er durch die Bemittlung der Mittel erst die Möglichkeit gegeben hat, daß wir zu einer rationalen Entlohnung der Marine kommen sind.

Ich denke auch, daß auch beim Altmaterial viel Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, und daß man sich geirret haben wird. Die Mängel sind aber abgeholfen worden, und ich hoffe, daß sie nicht wieder vorkommen. Einer Verallgemeinerung der Vorformelle für die übrigen Betriebe der Werft, für die Werft im ganzen, muß ich aber sowohl im Interesse des mit unterstellten Personals, dem ich dankbare Anerkennung schuldig bin, im Interesse der Kaiserlichen Marine und im Interesse des deutschen Landes, das beunruhigt ist, auf das energisch zurückweisen. (Beifall rechts. Widerspruch links.) Auf Antrag der Abg. Dr. Strauß (Fr. Vg.) und Singer (Sag.) wird einstimmig die Bepragung der Interpellation beschlossen.

Abg. Reith (Sag.):

Wenn es sich um die Namen Frankenthal und Jacobsohn handelt, gibt es immer eine gewisse Presse, die alles Mögliche zu verulken sucht. Leider ist aber die Regierung der Verlogenheit einer gewissen Presse in den letzten Monaten sehr spät und nur unvollkommen entgegengetreten. (Sehr richtig rechts.) Mit dem Geist der Parlamentaristik ist in der Reichsmarineverwaltung nicht überall gewirtschaftet worden. Der vielgerühmte faunmännliche Geist bringt auch nicht allemal ohne weiteres das Gute. Hier handelt es sich um Äußerlichkeiten. In einem großen faunmännlichen Werke, einer großen Bank, sind trotz dieses faunmännlichen Geistes Millionen unerschlagen worden, und Millionen hält man doch in Banken noch nicht für Wästel. (Beifall rechts.) Das vergnügt

hat der Prozeß, er hat den schönen deutschen Sprachgebrauch um die Ausdrücke Fallos und Mesofhos bedrückt, wenn es sich um Gaunereien handelt, hat die deutsche Sprache nicht geschont. Unsere Stellungnahme zu den Reformvorschlügen bezeichnen wir infere die Kommissionsberatung vor. Wir werden aber dahin wirken, daß mit der größten Sparsamkeit gewirtschaftet wird. (Beifall rechts.)

Abg. Erpsberger (Sag.):

Der Staatssekretär wird den heutigen Tag in seiner Laufbahn nicht zu antreiben. Wenn der Staatssekretär recht hätte, dann wäre an der ganzen Chablure von Kiel gar nichts dran. (Heiterkeit.) Dann würde für die Kieler Werft das Wort gelten: „Dies Kind, kein Engel ist so rein, Laßt's unter Schuld empfohlen sein!“ (Zuruf: Guib! — Heiterkeit.) Warum hat denn der Kieler Prozeß überhaupt stattgefunden? Warum betreibt die Werft dann noch einen Zivilprozeß gegen die Angeklagten? Gemüth, es hätte noch schlimmer kommen können, aber mit dem, was der Prozeß gebracht hat, können wir, glaube ich, durchaus zufrieden sein. (Zuruf links: Zufrieden?) Welche Kräfte des Büchertums sehen in der Freiheitsprechung der Angeklagten die schärfste Verurteilung der Bureaucratie. (Sehr richtig links.) Etwas ähnlich in der Reichsmarine ist der Fall nicht. Meine politischen Freunde behaupten die Kieler Kommission und verlangen, daß der Staatssekretär unheimlich um Stellung und Person die erforderlichen Maßnahmen trifft, um die Wiederkehr solcher Vorfälle zu verhindern. Der Staatssekretär sagt, sofort nach Bekanntwerden der Unterschleife hätte er mit eigener Faust eingegriffen. Das ist doch das mindeste, was wir verlangen müssen. (Sehr richtig!) Wenn alle Reichsminister beachtet worden wären, hätten diese Unterschleife Jahre lang nicht passieren können. Deshalb müssen auch nach der Freiheitsprechung Disziplinarverfahren eingeleitet werden, die sich nicht auf die Unterbeamten beschränken dürfen. (Sehr richtig.) Der Staatssekretär hat uns vorwurfslos gelassen, wir hätten ihm ja die großen Summen für die Marine zur Verfügung gestellt und luden so den Reichstag zum Rückfütigen zu machen. Wir werden uns dieses Wort merken für die Verhandlungen der Budgetkommission. (Sehr gut links.) Es fällt mir nicht ein, den Staatssekretär persönlich und moralisch für die Vorformelle verantwortlich zu machen. Aber schweigen und alles seinen Gang gehen lassen, wollen wir auch nicht. Die faunmännliche Buchführung tut nicht, bei ihr kann auch gefehlt werden. (Heiterkeit.) Auch die in der „Nordd. Allg. Zig.“ veröffentlichten Reformvorschlüge können nicht bestritten werden. Es muß ein faunmännlicher Geist in die Werftverwaltung übernommen werden. Man mag gegen ihn sagen, was man will: es ist unbedeutend, daß unsere großen Privatbetriebe wirtschaftlicher geleitet werden, als die Staatsbetriebe. Deshalb müssen die faunmännlichen und technischen Kräfte mehr in den Vordergrund gerückt werden. In den technischen Instituten der Heeresverwaltung haben wir durchaus tüchtigere Offiziere, die technisch besonders ausgebildet sind. Warum geht die Marine nicht denselben Weg? Wichtig ist die Marineverwaltung. Fort mit der bisherigen Geheimkammer. Recht! Ich bin nicht bei den Verordnungen einverstanden. Eine Firma bot — um einmal zu einer Werftlosgang zu kommen — einen Artikel, der sie selbst 5,40 Mark kostet, mit Verfall für 3,60 Mark an. In Kiel aber bebauert man, in dem belanteten heutzutage Schreibe, darauf nicht eingehen zu können. Von allen Reichsvereinsten zeigt die Marineverwaltung das geringste Entgegenkommen.

Wir glauben gern, daß der Staatssekretär den guten Willen hat, zu helfen. Aber das Maß der Reaktionen genügt uns nicht. Wir wollen eine Bilanz haben, eine Aenderung der Organisation und ein schärferes Hervortreten des technischen Personals. Dann werden wir nicht mehr gemungten sein, hier im Reichstage über so unerquickliche Zustände zu reden. Das deutsche Volk hat eine sehr schwere Steuerlast auf sich genommen. Mit diesen Mitteln muß daher sparsam gewirtschaftet werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Semler (Sag.):

Der Staatssekretär hat die Kieler Werft keineswegs reinzuwaschen versucht, sondern er hat gewisse Mängel zu gegeben. Die Wirkungen beruht über den Kieler Prozeß waren gut, so gut wie Zeitungsberichte überhaupt sein können; das muß auch festgehalten werden. Es müssen auf der Kieler Werft eigenartige Zustände geherrscht haben, denn in der Verhandlung hat Herr Frankenthal gesagt, in Wilhelmshaven hätte er keine Geschäfte machen können. Die jungen Applikanten konnten wirklich den Anstiften und Schlichen der Herren Frankenthal und Genssen nicht folgen. Diese jungen Leute, mit dem Reichshausalt das Verwaltungssekretärs in der Taube, verstehen ja weniger vom Wiegen als der nur juristisch ausgebildete Verwaltungsdirektor. Ueber diesen Mann werden gelacht haben wie über den 75jährigen Magazinidirektor, der dem ganzen Betrieb vorkämen sollte, und der weiter nicht was, als der betrogene Betrüger Frankenthals. Wer soll an die Spitze des Altmateriale gestellt werden? (Einer Altmateriale können wir nicht bezählen, dann der verdient aber nicht mehr. Heiterkeit.) Wir gebrauchen dafür einen faunmännlich gefügten Mann, der auch juristische Kenntnisse hat. Im übrigen sehen wir auf dem Standpunkte, daß es sich hier nicht um eine Personalfrage, sondern um eine Frage der Organisation handelt. Vom juristischen Standpunkte aus gibt der Kieler Prozeß auch zu denken. Der Prozeß war kein Stolz für die deutschen Juristen. Ueber den Steinhilf-Prozeß haben wir uns motiviert und den Balken dieses Prozeßes übersehen wir. Der Standal der Prozeßführung war vielleicht viel größer als der Standal auf dem Altmateriale. (Sehr richtig links.) Die Anklage selbst muß die Submittionen fallen lassen. Es war eine starke Zumutung an unsere holländischen Bauern, auf eine so unklare Artlage hin zu verurteilen. Recht bedenklich war auch der Verleug der Staatsanwaltschaft mit einigen Polizeibeamten und deren Prozeßbeteiligung an dem Ertrag des Altmateriale Schlußabganges unserer Justiz. Die Marine hat niemand angegriffen und insofern hat der Staatssekretär gegen die Windmühlen gestochen. Je mehr Opfer wir für die Marine bringen, desto mehr müssen wir darauf dringen, daß sparsamer gewirtschaftet wird. (Beifall links.)

Abg. Febe. v. Gamp (Sag.):

An eine schwere moralische Schädigung kann ich wirklich nicht glauben. Den entlofenen Rechnungsberichten konnte man sich kein richtiges Bild machen. Der Staatsanwalt ludte die Angeklagten nicht zu machen die Reichsjustiz

Halle und Umgebung.

Salte a. S. 7. Dezember.

Stadtverordneten-Stimmwahl.

Erster Tag.

Die hiesigen Wähler gehen mit einem Eifer an die Wahl heran, daß man seine heile Freude darüber haben muß. Es waren am Schluß des ersten Wahltages...

für die bürgerliche Liste 2531 Stimmen,

für die sozialdem. Liste 2001 Stimmen

abgegeben. Vor vier Jahren bei der Stichwahl nur am ersten Tage das Verhältnis: 1801 bürgerliche, 1796 sozialdemokratische Stimmen, bei der diesmaligen Hauptwahl 1863 bürgerliche 2233 sozialdemokratische Stimmen.

Am einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Table with 2 columns: Name of street and number of votes. Includes: Volksschule Drenkauptstraße 101, Kaiser-Wilhelmstraße 143, Schultheiß Wertheburgerstr. 369, etc.

Zusammen 2531 2001

Selbstverständlich dürfen die bürgerlichen Wähler sich nicht jetzt schon in Siegesruhm überlegen; es muß jeder bürgerliche Wähler daran denken, daß die Sozialdemokratie den Vorzug wieder ein, und es erträudt die Gefahr, daß ihr doch noch der Sieg wird.

Herrmann Bahr in der Literarischen Gesellschaft.

Auf die Kunde: Hermann Bahr! steht man gestern abend die Literarische Gesellschaft wieder vollständig verlammt. Die Fülle der weiten Welt der Vergangenheit auf den letzten Weg. Bahr, unter den Dichtern Sozial-Demokratischer mit Arthur Schnitzler wohl der bekannteste, wurde mit lauem Beifall begrüßt. Er gab zunächst den Hörern einen ganz kurzen Überblick über die Geistesentwicklung und Kunstentwicklung der letzten Jahrzehnte in Deutschland bis auf unsere Zeit, und las nach diesen überaus klaren und anschaulichen Darlegungen eine feinsinnigste spannende Novelle von Arthur Schnitzler „Die Toten schweigen“. Den Beschluß machte eine humorvolle Satire von ihm selbst, „Die schöne Frau“. Diese kleine heitere Gabe, ein echter Bahr, die der Dichter launig vorzutragen mußte, erregte im Publikum große Heiterkeit. Mit wiederholtem herzlichem Beifall verabschiedete man sich von dem Dichter, der gern in Halle wieder willkommen geheißen wird, in ihn sein Weg vorwärts.

Wir kommen in der Abendnummer noch auf Hermann Bahr und seinen Vortrag zurück.

25. Ziehung 5. Klasse 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 6. Dezember vormittags. Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Large table of lottery numbers and prizes for the 25th drawing of the 5th class of the Prussian lottery.

25. Ziehung 5. Klasse 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 6. Dezember nachmittags. Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Large table of lottery numbers and prizes for the 25th drawing of the 5th class of the Prussian lottery (continued).

Large table of lottery numbers and prizes for the 25th drawing of the 5th class of the Prussian lottery (continued).

Provincial-Nachrichten.

Der flüchtige Bankier Schulte.

Weimar, 3. Dez. Das spurlose Verschwinden des hiesigen Bankiers Schulte, der auch als Kommandeur der Niederlande fungierte, erregt hier Aufsehen, zumal die Geschäftswelt seit einigen Tagen unter gerichtlichem Beschluß liegt. Bei der bisher mit 300 000 Mark festgesetzten Unterkauf verlieren die lediglich aus Hypothekendarlehen bestehende Cassa-Gesellschaft, sowie verschiedene Unterhaltungsvereine militärischer Vereinigungen ihre Mittel, abgesehen von den Firmen und Privatleuten, die an dem Verkauf beteiligt sind.

Verheißene Spekulationen bei Kaliberwerten und Kohlenpreisen mühen ihn in der Hauptstadt den Ruin gebracht haben. Uebrigens machten sich schon seit länger Zahlungswertigkeiten bemerkbar, so daß er beträchtliche Verluste zu Profiten gehen lassen mußte.

Wiedeholung, 4. Dez. (Am Grabe seiner Tochter).

Wien, 4. Dez. Beim Steigenlaufen verunglückte kürzlich ein zwölfjähriger Knabe, indem er beim Erablen abglitt und sich ein größeres Stück von der Junge abließ. Der Knabe wird künftig nur sehr leidet sprechen können.

Erstarrt, 6. Dez. (Erstarrten). Der Großkapitän.

Wien, 6. Dez. Der Großkapitän der k. u. k. Armee, General-Feldmarschall Graf von Saurheim, ist am 5. d. M. in Wien im Alter von 82 Jahren gestorben. Er verlor in einer Schneepartie und erkrankte. Seine Leiche wurde gestern abend beigesetzt.

Wiederholung, 5. Dez. (Im eine Vermählung der).

Wien, 5. Dez. Im eine Vermählung der Kaiserin Elisabeth mit dem Herzog von Parma, wurde eine Festschmückung des Hofes am Schloß Hofburg beabsichtigt worden. Die Bekanntheit hierfür sind auf 60 000 Mark veranschlagt, moon der Kreis Deutscher ein Geschäft vornehmen soll.

Wiederholung, 4. Dez. (In der letzten).

Wien, 4. Dez. In der letzten Stadtverordnetenversammlung beschloß die Stadtverordneten den Bau einer Parkanlage für die hiesige Stadt. Der Hofbauamt stellt sich auf rund 192 000 Mark.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Weinmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Ewald Poldom; für den Feuilleton- und Vermischten: Paul Schauburg; für den Inseratenteil: Friedrich Ewald; Druck u. Verlag von Otto Senf. Gedruckt in Halle a. S.

— Diese Nummer umfasst 8 Seiten. —

